

An der Tarifffront bleibt es spannend

GT S. 9.20

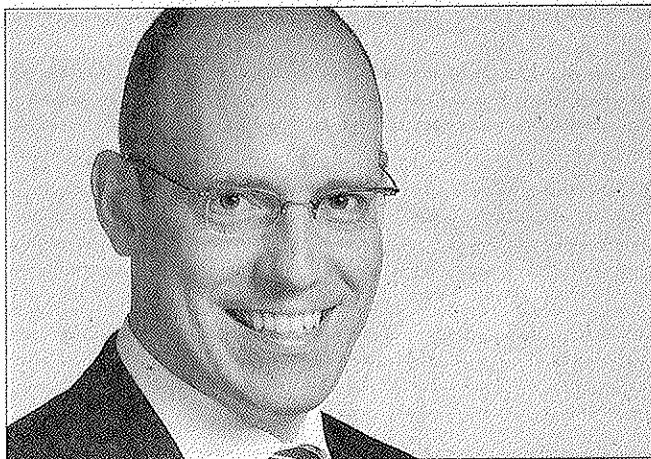
Einigung auf neue Altersteilzeit-Regelung in der achten Verhandlungsrunde – Belastung für kommende Lohnrunde?

Heimlich, still und leise haben die Tarifparteien der Metall- und Elektroindustrie in der Ferienzeit ihre Hausaufgaben erledigt. In der achten – offenbar sehr gut in Sondierungen und auf Fachebene vorbereiteten – Verhandlungsrunde wurde in Sindelfingen zwischen Arbeitgeberverband Südwestmetall und IG Metall ein neuer Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente beschlossen. Beide Seiten bewerten den Kompromiss positiv – auch in Ostwürttemberg.

SASCHA KURZ

Aalen. Was im Frühsommer in sieben Verhandlungsrunden nicht bewerkstelligt wurde und in massiven Warnstreiks endete, bei denen in Ostwürttemberg Tausende Metaller auf die Straße gegangen waren, ist geglückt. Der Anspruch auf Altersteilzeit ist ab dem 1. Januar 2010 weiter verankert, wenn der Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit zum vorzeitigen Übergang in den Ruhestand ausläuft. „Das war der Gewerkschaft wichtig, damit die Belegschaften diesbezüglich nicht gespalten werden“, sagte Roland Hamm, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Aalen und Gmünd.

Und: Beide Tarifparteien finanzieren die neue Regelung gemeinsam. Die errechneten Kosten des Vertragskonstrukts von 0,8 Prozent der Entgeltsumme werden paritätisch aufgebracht. Diese würden „in einer künftigen allgemeinen Tarifierhöhung kompensiert“, heißt es in der Pressemeldung der IG Metall. „Das ist ein innovativer Ansatz, ohne den es keine Einigung gegeben hätte. Wichtig ist, dass die Arbeitnehmer sich kollektiv an den Kosten des flexiblen Übergangs zur Hälfte beteiligen“, sagt Jörn P. Makko, Geschäftsführer der Bezirksgruppe Ostwürttemberg von Südwestmetall. Die Neuregelung sei „ein wichtiger Abschluss und richtiger Schritt, um den dringend erforderlichen Mentalitätswandel“ zu erreichen. Makko: „Wir kön-



Die Ansichten zur Altersteilzeit liegen ein gutes Stück auseinander: Jörn P. Makko (li.) und Roland Hamm. (Fotos: Archiv)

nen länger arbeiten und wir müssen länger arbeiten. Das Verhandlungsergebnis flankiert die Entscheidung der Politik, das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anzuheben.“

Die wesentlichen Punkte

Der neue Tarifvertrag regelt zwei Ansprüche auf Altersteilzeit. Der allgemeine Anspruch besteht für 2,5 Prozent der Beschäftigten eines Betriebs, ebenso wie für die Beschäftigtengruppe mit besonderem Anspruch, wie Schichtarbeiter und besonders stark am Arbeitsplatz belastete Arbeitnehmer. Insgesamt gilt aber eine Obergrenze von 4 Prozent der Beschäftigten, die verbrieft in Altersteilzeit gehen können. „Diese Regelung beinhaltet ein Zugeständnis der IG Metall: Bislang war eine allgemeine 5-Prozent-Quote festgeschrieben“, sagt Hamm. Makkos Sichtweise lautet: „Der allgemeine Anspruch auf Altersteilzeit konnte halbiert werden.“

Die Gruppe mit allgemeinem Anspruch kann für die Dauer von vier Jahren Altersteilzeit beanspruchen, Mindestalter ist hier 61 Jahre. Beim besonderen Anspruch liegt die Mindestaltersgrenze bei 57 Jahren, die Teilzeitdauer

beträgt maximal sechs Jahre. In den Genuss der Regelung kommen Beschäftigte, die während der letzten 15 Jahre mindestens zwölf in Wechselschicht gearbeitet haben oder seit mindestens zwölf Jahren beschäftigt sind und während dieser Zeit neun oder mehr Jahre geschichtet haben. „Die Neuregelung leistet einen Beitrag dazu, Fachkräfte und Leistungsträger länger in den Unternehmen zu halten. Nur für besondere Beschäftigtengruppen gibt es vorzeitige Ausstiegsmöglichkeiten zu attraktiven Bedingungen, für alle anderen endet Altersteilzeit erst unmittelbar mit dem regulären Renteneintritt“, betont Makko.

Bei beiden Modellen wird während der Altersteilzeit das Einkommen zwischen 82 plus 3 bzw. plus 7 Prozent betragen. Als Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes vor dem abschlagsfreien Übergang in den Ruhestand kann eine maximal 24-monatige Abfindung von monatlich 250 Euro gezahlt werden.

Bestehende Betriebsvereinbarungen haben Bestandschutz und gelten weiter: „Betriebe, die Personal abbauen wollen, steht es frei, weitergehende Betriebsvereinbarungen zu schließen“, erklärt Roland Hamm und unterstreicht damit, dass es manch einem Arbeitgeber gelegen käme, ein größeres Kontingent bei

der Altersteilzeit zu nutzen. Freiwillige Betriebsvereinbarungen müssten laut Vertrag wertgleich bei den Kosten sein. Das Werk kann also flexibel ausgestaltet werden. „Die unterschiedlichen Interessenlagen von Betrieben wie Beschäftigten werden mit differenzierten Regelungen gewahrt. Der flexible Übergang in die Rente ist von den Tarifpartnern von einem ursprünglich arbeitsmarktpolitischen zu einem personalpolitischen Instrument weiterentwickelt worden“, sagt Makko. Die Regelung sei eine gute Lösung „für die demografischen Herausforderungen unserer Betriebe“, ergänzt Makko. Der Vertrag gilt für rund 800 000 Beschäftigte im Land.

Belastete Verhandlungen?

Die finanzielle Beteiligung der Beschäftigten könnte die in der kommenden Woche mit der Festlegung der Tarifforderung beginnende Tarifrunde belasten. Am kommenden Montag hält die IG Metall in Frankfurt eine Vorstandssitzung ab, tags darauf wird der aus 120 Delegierten bestehende Beirat der Gewerkschaft, das höchste Gremium der Organisation, den Korridor für die Forderung nach einer Lohnerhöhung festlegen.

Einer der Delegierten wird Roland Hamm sein. „Ich sehe im Punkt der Beteiligung der Beschäftigten kein Konfliktpotenzial für diese Lohnrunde, da die Kosten für die Altersteilzeit-Regelung erst 2010 auftreten. Deshalb wird es in der Lohnrunde im Herbst zu keinen Kompensationsgeschäften kommen“, sagte Hamm dieser Zeitung. Mit seiner Meinung zur notwendigen Forderung bei der Lohnerhöhung hält Hamm ebenfalls nicht hinter dem Berg: „Für Baden-Württemberg halte ich eine Forderung von 8 Prozent für gerechtfertigt. Die Tarifrunde wird spannend werden“, lautet seine Einschätzung.

Nahende Entgeltrunde

Allgemein wird ein kurzer, heißer Tanz im Herbst bei den Tarifverhandlungen erwartet. Die übliche vierwöchige Friedenspflicht wurde mit Blick auf die Weihnachtszeit gestrichen, Anfang November drohen die ersten Streiks. Die Große Tarifkommission der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie hat gestern über die Forderungshöhe für die anstehende Entgelttarifrunde beraten. Die Bezirksleitung empfiehlt eine Bandbreite zwischen 7 und 8 Prozent. Zudem sollen eventuell die Bedingungen von Leiharbeitern in den Verhandlungen einiger Tarifbezirke mitdiskutiert werden.

Die Metallarbeitgeber zeigen sich hart. „Das ist vergangenheitsorientiert. Wir brauchen eine vorausschauende Tarifpolitik, die mit den Abschlüssen die Zukunft möglichst wirklichkeitsnah abbildet“, sagte Makko dazu. In Ostwürttemberg seien binnen zwei Jahren über 2500 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. „Ein hoher Abschluss gefährdet unsere Weltmarktfähigkeit“, sagte Makko.

■ Direkt zur Redaktion
s.kurz@sdz-medien.de
Telefon (07361) 594-164